



SCHLESWIG-HOLSTEINISCHER LANDTAG

Parlamentarismus im Wandel

In Deutschland und Schleswig-Holstein ist zunehmend eine mangelhafte öffentliche Debattenkultur zu beobachten, die Bürgerinnen und Bürger zunehmend verschreckt und zwar nicht politikverdrossen werden lässt, doch zu einer bedenklichen Form der Verdrossenheit an der parlamentarischen Demokratie führt. Wir erleben in Politik und Medien vor allem widersprüchliche und oberflächliche politische Analysen. Dies stimmt bedenklich, ist doch der öffentliche Diskurs eine zentrale Voraussetzung für eine funktionierende Demokratie. Wenn wir den Kern vieler Probleme aber in öffentlichen Debatten gar nicht mehr erreichen, werden wir auch nicht zu zukunftsweisenden Lösungen gelangen. Das **Parlament als Ort des demokratischen Diskurses** muss vorbildhaft für die öffentliche Debattenkultur sein.

Eine **Rückbesinnung auf das Amt** im Sinne einer Dienstleistung für das Gemeinwohl, die angemessene Erfüllung der **Amtswürde** und zugleich die Erinnerung an das Repräsentationsprinzip, das die Freiheit und die **Unabhängigkeit des Mandats** erfordert, ist zwingend. Daher ist unsere parlamentarische Demokratie nicht mit einem imperativen Mandat vereinbar, weder von Partei oder Fraktion noch von den Bürgerinnen und Bürgern.

Auch wenn die Wahlbeteiligung in Schleswig-Holstein im Länderdurchschnitt noch relativ hoch ist, so sollte es vornehmste Aufgabe des Landtages sein, für eine stärkere Wahlbeteiligung zu werben und dafür zu arbeiten. Die **Vertiefung der politischen Bildung** als Ziel des Landesparlamentes ist daher unverzichtbar – die Landeszentrale für politische Bildung ist der zentrale Ort dafür.

1. Im Vorfeld der Plenarsitzungen muss im Ältestenrat stärker über die **Notwendigkeit bestimmter Anträge** debattiert werden. Bei vielen Anträgen müssen sich die Antragsteller ernster fragen und die Frage gefallen lassen, ob Tagesordnungspunkte tatsächlich im Plenum beraten werden müssen oder ob nicht die Ausschussberatung zielführender ist.
2. **Freie Rede**, spontane Wortbeiträge und Widerrede sind Grundlage lebendiger Debattenkultur – das gilt insbesondere für die sog. 3-Minuten-Beiträge. Durch eine bessere Mischung aus größerer Disziplin und Instrumenten zur Unterstützung lebendiger Debatten könnten die Plenartagungen interessanter und aktueller werden. Ein solches Instrument wäre beispielsweise die Möglichkeit zu kurzen **Initiativbeiträgen vom Platz** aus (vgl. Bundestag): Mit einer Zwischenbemerkung (sog. Kurzintervention) können Abgeordnete in Form eines kurzen Diskussionsbeitrages auf die Ausführungen der Rednerin oder des Redners in der Aussprache eingehen. Zwischenbemerkungen während eines Debattenbeitrages müssen von der jeweiligen Rednerin oder dem jeweiligen Redner zugelassen werden. Diese erfolgt vom Saalmik-

rofon aus, ist auf maximal drei Minuten begrenzt und wird auf die Redezeiten nicht angerechnet. Die Redezeit von drei Minuten gilt auch für die Replik des Redners. **Für den Landtag wird die Zwischenbemerkung mit einer Redezeit von einer Minute eingeführt.**

3. **Redezeitkontingente** – gleiche Redezeit für alle Fraktionen verteilt auf die gesamte Tagung – lassen den Fraktionen die Möglichkeit, **eigene Schwerpunkte** zu setzen. So können Fachsprecherinnen und Fachsprecher eigene Sachthemen stärken.
4. Die Möglichkeit, **Reden** von Tagesordnungspunkten, bei denen eine Aussprache nicht vorgesehen ist, **zu Protokoll** zu geben, sollte erprobt werden. Diese Reden müssen im Protokoll gekennzeichnet oder dem Protokoll angehängt sein. Ebenfalls zu Protokoll gegeben werden können **persönliche Erklärungen** zu namentlichen Abstimmungen.
5. Die Anhörungen in den Ausschüssen sind sehr stark ritualisiert. Die Liste der Anzuhörenden – ob mündlich oder schriftlich – sollte fraktionsübergreifend beschlossen, die Anzahl der Anzuhörenden ggf. verringert werden. Darüber hinaus wird empfohlen, den Angehörten eine Rückmeldung der Fraktionen zu geben und ein Fragerecht der Anzuhörenden einzuräumen. Ein weiterer Schritt für **effiziente mündliche Anhörungen** wäre es, wenn die Fraktionen im Vorfeld Fragen (z.B. auf Grundlage einer schriftlichen Anhörung) einreichen würden, an denen sich die Anzuhörenden orientieren.
6. Die Möglichkeit einer **Bürgeranhörung** zu ausgewählten Themen stärkt die Bürgernähe und sollte in zwei Ausschüssen erprobt werden. Die zeitlich begrenzte Erprobungsphase soll von der Bertelsmann-Stiftung begleitet werden.
7. Ausschussreisen sollen vermehrt durch **Delegationsreisen** der Fachpolitikerinnen und Fachpolitiker zu Themenschwerpunkten ersetzt werden, **denen eine parlamentarische Initiative folgt**. Die Delegationsreise nach Kaliningrad hat gezeigt, dass sich diese Form bewährt.
8. Die Beteiligung der Parlamente muss bei der **Föderalismuskommission (FöKo) III** sichergestellt sein. Nach gegenwärtigem Sachstand soll die FöKo III primär Eckpunkte für eine Reform des Länderfinanzausgleiches erarbeiten. Bevor von anderen Ländern eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht gegen den aktuellen Länderfinanzausgleich angestrengt wird, soll zunächst versucht werden, in Gesprächen zwischen den Geber- und Nehmerländern eine Einigung zu erzielen. Als weitere Themen der FöKo III könnten in Betracht kommen: Bildungsfinanzierung, Altschuldenlösung, Verbesserung des Steuervollzugs, neues Abstimmungsverfahren im Bundesrat, Länderfusionen, Stärkung der Einnahmegestaltungsaufonomie der Länder und der Kommunen.

Damit sich dem Schleswig-Holsteinischen Landtag die Chance eröffnen kann, sich im Rahmen der FöKo III an exponierter Stelle zu beteiligen, sollte er sich sehr rechtzeitig – auch personell – positionieren. Denkbar sind Veranstaltungen (Gastvorträge, Podiumsdiskussionen) vorzugsweise mit Wissenschaftlern zu den voraussichtlichen Themen. Dieser Prozess könnte parlamentsintern durch eine Arbeitsgruppe der finanzpolitischen Sprecherinnen und Sprecher unter Leitung des Landtagspräsidenten begleitet werden. Auch eine Kooperation/ein Austausch mit der Landesregierung und/oder dem Landesrechnungshof müsste in die Überlegungen einbezogen werden.

9. Es entsteht eine stärkere Befassungsnotwendigkeit des Landtages mit **europäischen Themen**, um möglichst frühzeitig Landesinteressen zur Geltung zu bringen und sich rechtzeitig mit der Umsetzung beschäftigen zu können. Bei den nächsten Haushaltsberatungen sollte – bei Kompensation der Kosten in einem anderen Bereich – über **einen eigenen Ansprechpartners** bzw. **eine eigene Ansprechpartnerin des Landtages** ggf. gemeinsam mit der Hamburgischen Bürgerschaft im Hanse-Office beraten werden.
10. Der Landtag erteilt der Landesregierung selbstbewusst Aufträge und **kontrolliert die Arbeit der Exekutive**. Die aktuell unterzeichnete Vereinbarung zwischen Landtag und Landesregierung zum Thema Europa ist ein erster Schritt zur Stärkung des Landesparlaments. Über weitere Schritte wie etwa ein Weisungsrecht des Landtages gegenüber der Landesregierung in bestimmten Bundesratsangelegenheiten ist verstärkt nachzudenken.
11. Im Jahr 2010 besuchten über 13.000 Menschen das Landeshaus. Der Ablauf bei der Betreuung der **Besucherguppen** ist bei den Diskussionen mit Abgeordneten durch die Landtagsverwaltung zeitgemäßer und der Zielgruppe angepasst worden. Die Besuchergruppen können zwischen dem bestehenden Modell und der neuen Variante entscheiden. Bei diesem neuen Format wird die Gruppe der Jugendlichen auf die anwesenden Abgeordneten aufgeteilt. Die jeweilige Kleingruppe (ca. 5 bis maximal 10 Personen) bildet dabei im Plenarsaal und angrenzenden Räumen mit „ihrem/ihrer“ Abgeordneten einen Gesprächskreis und hat die Gelegenheit, die Abgeordnete/den Abgeordneten zu befragen. Dabei gibt es auch die Möglichkeit, in das jeweilige Abgeordnetenbüro, die Fraktion oder andere Bereiche des Gebäudes auszuweichen. Nach einer dreiviertel Stunde treffen sich die Jugendlichen wieder im Plenarsaal, um sich über ihre Eindrücke auszutauschen, beim Besucherdienst Nachfragen zu stellen und ein Feedback zu geben.
- Ziel dieses Angebotes ist es, Schülerinnen und Schülern, die keine parteipolitisch kontroverse Diskussion führen möchten, dennoch den persönlichen Kontakt mit Abgeordneten zu ermöglichen. Im Zentrum dieser Begegnung soll das Kennenlernen parlamentarischer Abläufe aus „erster Hand“ stehen.
- Darüber hinaus sollen **neue Zielgruppen** von Besucherinnen und Besucher zwischen 20 und 50 Jahren erschlossen werden.
12. Ein **Verhaltenskodex** und eine Selbstdisziplinierung für den Umgang mit **sozialen Netzwerken**, aber auch bezüglich des Umgangs mit Smartphones im Plenum, wäre ein Zeichen von Disziplin und Integration in die Parlamentsarbeit zugleich. Der Vorschlag für einen Kodex wird von der Verwaltung vorbereitet. Diese Netzwerke gehören als neue Medien zum festen Arbeitsalltag vieler Abgeordneter. Allerdings sind Paralleldebatten im Plenum, die beispielsweise in der Vergangenheit öfter über *Facebook* oder *Twitter* angeschoben wurden, für das Präsidium nicht nachvollziehbar und daher schwer zu kontrollieren.
13. **Die Landtagszeitschrift** hat über Jahre ihre Aufgabe als Printmedium für zahlreiche Einrichtungen, Institutionen (vor allem Schulen) und auch für Bürgerinnen und Bürger mit einer Auflage von 18.000 Abonnenten sehr gut erfüllt. Allerdings stammt sie aus einer Zeit, in der nur wenige Schleswig-Holsteiner und Schleswig-Holsteinerinnen über einen Internet-Anschluss verfügten. Das Nutzerverhalten hat sich seitdem mit Blick auf die Medien stark verändert. Vor diesem Hintergrund wäre eine Anpassung auch für die Landtagszeitschrift sinnvoll. Sie sollte durch ein Produkt ersetzt werden, das mit einer inhaltlichen Schwerpunktsetzung **nur**

noch vierteljährlich, aber dafür in einer **hochwertigeren** Form erscheint. Zugleich werden die Informationen im Internet ausgebaut und noch aktueller (s. Punkt 14.) – dies wird ggf. eine zusätzliche Stelle für die Internet-Redaktion erfordern.

14. In diesem Sinne muss sich die **Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Landtages** weiterentwickelt werden und vor allem mit den neuen Medien und der moderneren Darstellung des Landtages intensiv befassen. Die **neue Homepage** des Landtages – die im Mai 2011 freigeschaltet wurde – muss zwei Anforderungen gerecht werden: Sie muss

a. die Position und Arbeit des Landtages als oberstes Organ der politischen Willensbildung widerspiegeln und sie muss

b. benutzerfreundlich und einfach zu handhaben sein.

Ziel sollte daher mittelfristig der Aufbau eines eigenen Portals für alle Informationsangebote des Landtages sein, das auch Soziale Netzwerke beispielsweise in Form einer eigenen Facebook-Seite beinhaltet. Auch die bessere Aufbereitung der Arbeit der Ausschüsse begleitet durch eine aktuellere Berichterstattung wäre eine sinnvolle Erweiterung.

Die Bedienung der Presseinteressen ausschließlich über den **Presseticker** des Landtages ist auf Dauer nicht ausreichend. Um bestimmte regionale oder auch lokale Medien erreichen zu können, die den Presseticker nicht abonniert haben, sollten spezifische Mailverteiler aufgebaut werden, die aktiv bedient werden können. Dies ist zudem bei besonderen brisanten Themen und Entwicklungen ein wichtiges „aktives“ Element der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.

15. Das Angebot **Parla-TV** gehört mit Blick auf die Arbeit des Schleswig-Holsteinischen Landtages mittelfristig zu den interessantesten Angeboten im Internet. Die (bereits beschlossene) Weiterentwicklung zu einem redaktionellen Vollangebot ist wegweisend und ein schleswig-holsteinisches Alleinstellungsmerkmal: Kein anderer Landtag verfügt aktuell über ein derart stark ausgebautes Angebot. Ziel sollte eine leicht zu bedienende Mediathek sein, die den unterschiedlichen Ansprüchen gerecht wird: Zum einen müssen Landesregierung und Abgeordnete in der Lage sein, ihre Beiträge punktgenau abzurufen und auf ihren eigenen Internetseiten sowie ihren Profilen in Sozialen Netzwerken einzustellen, zum anderen müssen Medien und Bürgerinnen und Bürger schnell und unkompliziert auf komplette Themen zugreifen können, um Debatten nachzuverfolgen.

16. Die Einführung sogenannter Tablet-Computer (z.B. **iPad**) in der nächsten Wahlperiode wäre ein Betrag zu einem **papierärmeren Landtag** und zur höheren Effizienz der Abläufe. **Die Nutzung im Plenum soll ab Juni 2012 möglich sein.** Darüber hinaus erarbeitet die Landtagsverwaltung verschiedene Modelle, u.a. für die nächsten Haushaltsberatungen, wie ggf. die Abgeordneten, die Drucksachen, Umdrucke, Einladungen zu den Ausschüssen etc. aus-schließlich digital erhalten wollen, entsprechend ausgestattet werden können.

17. Abgeordnete sollten durch **eigene Pressekonferenzen** stärker in der Öffentlichkeit wirken.

Kiel, 12. Januar 2012

Mitglieder der Arbeitsgruppe „Parlamentarismus“ sind die Abgeordneten Anke Erdmann, Landtagspräsident Torsten Geerds, Daniel Günther, Martin Habersaat, Lars Harms, Niclas Herbst, Serpil Midyatli, Christopher Vogt und Ranka Prante.